

2008

## **VENRO-Erklärung zur globalen Finanzkrise**

**Finanzkrise droht Armut weltweit zu verschärfen**

# Finanzkrise droht Armut weltweit zu verschärfen

## Die globale Finanzkrise als Chance zur Neuordnung des internationalen Finanzsystems nutzen

Die globale Finanzkrise ist das derzeit beherrschende politische Thema. Täglich neue Meldungen über klamm gewordene Banken, milliarden schwere Rettungspakte, eine wahrscheinliche Stagnation oder sogar Rezession, die alle Staaten bedroht, sowie die Gefahr massiver Arbeitsplatzverluste verunsichern die Menschen und verlangen überzeugende Konzepte und Antworten von Politik und Wirtschaft. Als Dachverband deutscher entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen bewegt VENRO vor allem die Frage, welche Auswirkungen die Finanzkrise auf die Schwellen- und Entwicklungsländer und vor allem für die in Armut lebenden Menschen haben wird.

Beim Weltfinanzgipfel am 15. November wurde ein Aktionsplan verabschiedet, dessen rund 50 vorgeschlagene Maßnahmen bis zum nächsten Gipfel Ende März 2009 ausgearbeitet werden sollen. Auch wenn einige dieser Absichtserklärungen in die richtige Richtung weisen, wie zum Beispiel eine stärkere Überwachung von Rating-Agenturen und Hedge-Fonds, ist von dem Finanzgipfel kein Aufbruch für eine grundlegende Reform des internationalen Finanzsystems ausgegangen.

### Auswirkung der Finanzkrise auf Schwellen- und Entwicklungsländer

Die Finanzkrise trifft die Schwellen- und Entwicklungsländer in einer Zeit, in der sie durch die gestiegenen Nahrungsmittelpreise und Energiekosten bereits in einer angespannten Lage sind. Das Kapital für Investitionen im Agrarsektor und für Ernährungsprogramme wird nun noch knapper, was die Überwindung der Welternährungskrise gefährdet.

Das Absinken der Öl- und Rohstoffpreise wird sowohl positive wie negative Folgen für einzelne Länder haben. Während Exportländer Einnahmeverluste hinnehmen müssen, werden Energieimporteure entlastet. Aber auch wenn Rohölpreise und die Kurse für landwirtschaftliche Produkte in den Keller stürzen, nützt dies weder den Kleinbauern in Entwicklungsländern, noch den Verbrauchern in den Industrieländern: Krisengewinnerin ist die Nahrungsmittelindustrie.

Wie schwer die Finanzkrise die Schwellen- und Entwicklungsländer treffen wird, ist derzeit noch nicht abzusehen. Die ersten Warnsignale in einigen der in den Weltmarkt integrierten Ländern sind jedoch nicht zu übersehen: Kurseinbrüche an den Börsen und Abwertungsdruck auf die Währungen. Staaten wie Pakistan, Ukraine und Argentinien stehen kurz vor dem Staatsbankrott.

Manche Länder sind bereits von ausbleibenden Zuflüssen von frischem Kapital oder von aktiven Kapitalabflüssen betroffen. Mitte Oktober beklagte der indische Finanzminister Shri Palaniappan Chidambaram, dass innerhalb der zwei vorausgegangenen Wochen 15 Milliarden US-Dollar das Land verlassen hätten. Ergebnisse dieser Kapitalabflüsse sind Liquiditätsengpässe, steigende Finanzierungskosten und Abwertungsdruck auf die Währungen. Steigende Kosten werden zwangsläufig zu einem Rückgang von Investitionen führen. Dies hätte ein sinkendes Wirtschaftswachstum zur Folge. Damit besteht auch die Gefahr, dass weniger Ressourcen für die Bekämpfung von Armut mobilisiert werden können.

Produktionsrückgänge und sinkende Nachfrage in den Industrieländern könnten zu Exporteinbrüchen und damit zu abgeschwächtem Wachstum und sinkenden Steuereinnahmen in den Entwicklungsländern führen. Damit ständen weniger Ressourcen für die Armutsbekämpfung und die wirtschaftliche Entwicklung zur Verfügung.

Eine Folge der Finanzkrise sind auch abnehmende Finanztransfers aus Industrieländern in Entwicklungsländer durch den Rückgang von Überweisungen von Migrantinnen und Migranten. Diese stellen gerade für ärmere Länder eine wichtige Deviseneinnahmequelle dar. Bereits jetzt sind die Überweisungen aus den USA nach Mexiko, El Salvador und Honduras gesunken.

Die geschilderten Entwicklungen geben Anlass zur Sorge, dass im Zuge der Krise die Armut zunehmen und weitere Fortschritte auf dem Weg zur Erreichung der Millenniums-entwicklungsziele (MDG) be- und verhindert werden könnten. Kurz: die Entwicklungsländer werden unter den Folgen einer Krise leiden, die sie nicht verursacht haben.

## Auswirkungen der Finanzkrise auf die Entwicklungszusammenarbeit

Auch wenn die deutschen Haushaltsmittel für Entwicklungszusammenarbeit im kommenden Jahr erhöht werden sollen: es besteht die Gefahr, dass durch die kostspieligen Rettungspakete für die Banken der Druck auf die öffentlichen Haushalte wächst und in Folge dessen die Haushaltsmittel für Entwicklungszusammenarbeit (EZ) wieder sinken werden. Bereits im Jahr 2007 war ein Rückgang der weltweiten Mittel für Entwicklungshilfe um 740 Millionen Dollar gegenüber 2006 zu verzeichnen. Dieser negative Trend muss umgekehrt werden. Bankenrettung darf nicht zu Lasten der Armen erfolgen!

Wenn es innerhalb kürzester Zeit möglich ist, einen milliardenschweren „Schutzschirm für die Banken“ aufzuspannen, dann muss es auch – den entsprechenden politischen Willen vorausgesetzt – möglich sein, eine vergleichbare politische Anstrengung zur Eindämmung der menschlichen und politischen Katastrophe von weltweitem Hunger und extremer Armut zu leisten. Die akuten Anstrengungen zur Rettung der internationalen Finanzmärkte werfen die Frage auf, warum der Entwicklungspolitik angesichts des Skandals der extremen Armut von mehr als einem Drittel der Weltbevölkerung seit Jahrzehnten lediglich eine „Bittstellerposition“ (für mehr Ressourcen) zugestanden wird. Vielmehr muss aus dem akuten globalen Engagement der Staats- und Regierungschefs der Schluss gezogen werden, dass das Argument, es mangle an Mitteln, haltlos ist.

Entwicklungspolitiker sollten bei der bevorstehenden Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Doha darauf bestehen, dass endlich die langjährigen Zusagen für ein deutlich höheres finanzielles Engagement der Industriestaaten zur Armutsbekämpfung erfüllt werden.

Die Krise der internationalen Finanzmärkte wird von Finanzexperten, Politikern und jedermann, der um seine Ersparnisse und Altersvorsorge bangt, unisono als akut systemgefährdend eingeschätzt. Eine ebenso drastische, jedoch schleichend fortschreitende Systemgefährdung stellt aber die weltweite extreme Armut dar. Sollte der armutsbedingte Tod von 24.000 Menschen täglich nicht ausreichen, um internationalen politischen Willen zu mobilisieren und einen entschlossenen Einsatz zur Armutsbekämpfung zu erreichen, wird dies eine schleichende Systemdestabilisierung zur Folge haben. Die Migration aus Entwicklungsländern wird zunehmen, da desaströse soziale und wirtschaftliche Zustände immer mehr Menschen dazu zwingen, ihre Heimat zu verlassen. Auch die inner- und zwischenstaatliche Gewalt in diesen Ländern wird beim Kampf um die immer knapper werdenden Ressourcen zunehmen. Die Forderungen nach Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Menschen – was ethisch schon immer gerechtfertigt ist – ist angesichts der milliardenschweren Hilfspakete zur Rettung der globalen Finanzmärkte moralisch wie politisch noch drängender geworden.

## Die Krise als Chance

Die Industriestaaten haben den Entwicklungs- und Schwellenländern das Modell eines auf ein geringes Maß von Einflussnahme reduzierten Staates jahrzehntelang aufgenötigt. Angesichts der offensichtlichen Regulierungsdefizite der internationalen Finanzmärkte ist dieses neoliberale Leitbild allerdings in die Krise geraten. Der aktuelle Zusammenbruch der internationalen Finanzmärkte, das Fehlverhalten am Markt und das Marktversagen, dürfen aber nun nicht dazu führen, dass die reichen Staaten den Ausweg aus der Krise, die zunehmend auch Entwicklungs- und Schwellenländer betrifft, allein bestimmen. Die Teilnahme von Schwellen- und Entwicklungsländern ist zur Lösung der weltweiten Krise zwingend erforderlich und muss über den Kreis der G20-Länder hinaus zu ihrer wachsenden Partizipation und Mitbestimmung bei den erforderlichen Maßnahmen zur Krisenbewältigung führen.

In diesem Sinne bietet die globale Finanzkrise auch eine Chance für eine Umgestaltung der machtpolitischen Verhältnisse der Welt an die Wirklichkeit. Dann nämlich, wenn sie den gewachsenen macht-, wirtschafts- und finanzpolitischen Positionen der Schwellenländer gerecht würde. Die anstehende Reform des internationalen Finanzsystems muss in eine entwicklungsförderliche Richtung gehen. Durch die neue US-Regierung besteht eine Chance für die Etablierung einer neuen kooperativen Form der globalen multilateralen Zusammenarbeit. In dieser neuen Konstellation könnten sich die Schwellenländer und andere reiche Staaten unterstützend einbringen, zum Beispiel mit Hilfe der enormen chinesischen Devisenreserven.

## Forderungen an die Bundesregierung

Die Entwicklungsländer werden aufgrund ihrer sozio-ökonomischen Heterogenität in unterschiedlicher Weise von der Finanzkrise betroffen sein. Sie verfolgen, je nach Grad ihrer Verflechtung in die Weltwirtschaft und das Weltfinanzsystem, unterschiedliche Interessen. Eine Gemeinsamkeit besteht allerdings: die ärmeren Bevölkerungsschichten in den Schwellen- und Entwicklungsländern sind von den Folgen der Finanzkrise besonders betroffen.

Deshalb ist es notwendig, bei allen derzeit diskutierten Maßnahmen zur Bewältigung der Krise, die negativen Folgen der globalen Finanzkrise insbesondere für die Menschen in Entwicklungsländern im Blick zu haben und diesen entgegenzuwirken.

### Wir fordern daher von der Bundesregierung

- sich dafür einzusetzen, dass die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise Entwicklungsfinanzierung und Armutsbekämpfung nicht gefährden. Die 0,7 Prozent-Zusage muss fristgerecht eingehalten werden;
- sich für einen Erfolg der Doha-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung zu engagieren, der insbesondere in der Mobili-

sierung zusätzlicher Ressourcen für Entwicklung und Armutsbekämpfung sowie die Verabredung wirkungsvoller Maßnahmen gegen Kapitalflucht und Steuervermeidung bestehen muss;

- sich für eine neue internationale Finanzarchitektur einzusetzen, die demokratisch, unter angemessener Beteiligung der Schwellen- und Entwicklungsländer gestaltet werden muss und das Ziel verfolgen muss, bei der Entwicklungsrichtung der Finanzmärkte umzusteuern. Die globalen Finanzmärkte dürfen die globalen Entwicklungsziele und vor allem die Armutsbekämpfung nicht konterkarieren;
- der Schaffung von mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht als wesentliche Voraussetzung für die Wiedergewinnung von öffentlichem Vertrauen in Wirtschaft und Politik höchste Priorität einzuräumen und sich in diesem Sinne für einen weltweit koordinierten, lückenlosen und transparenten Aufsichtsrahmen für alle Institutionen und Produkte des Finanzsektors, insbesondere Hedge-Fonds und Rating-Agenturen einzusetzen;
- einen umfassenden Regulierungsstandard für alle Finanzprodukte zu erarbeiten und auf dessen rasche internationale Umsetzung zu drängen, um Spekulationen einzudämmen. Insbesondere auf internationaler Ebene müssen wirkungsvolle Maßnahmen gegen die Spekulation mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln ergriffen werden;
- Leerverkäufe und außerhalb von Börsen gehandelte Finanzprodukte grundsätzlich zu unterbinden;
- eine Zulassungsprüfung für neue Finanzprodukte wie eine höhere Eigenkapitalunterlegung bei Banken und Unternehmen und eine bilanzielle Erfassung von Finanzderivaten einzurichten;
- Maßnahmen zur Abschaffung von Steueroasen (Offshore Financial Centres/OFCs) zu ergreifen, um damit die Umge-

hung von Steuer- und Finanzregulierung, Geldwäsche und ähnlichen illegalen Aktivitäten zu verhindern;

- sich für die Entwicklung eines offenen, regelgestützten, berechenbaren, nicht diskriminierenden Handels- und Finanzsystems unter angemessener Beteiligung der Entwicklungsländer einzusetzen (wie in MDG 8 gefordert);
- im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Vorschriften und Regelungen strafrechtliche Verfolgungen in Fällen von Korruption, Verletzung von Aufsichtspflichten etc. konsequent vorzunehmen;
- dafür einzutreten, dass Schwellen- und Entwicklungsländer ihre sich entwickelnden Märkte – auch die Kapitalmärkte – in geeigneter Weise schützen und regulieren dürfen;
- sich auf internationaler Ebene für eine Besteuerung aller Arten von kurzfristigen Finanztransaktionen (inkl. Devisentransaktionen) einzusetzen;
- sich für eine grundlegende Reform der internationalen Finanzinstitutionen IWF und Weltbank einzusetzen. Eine größere Rolle bei der Krisenbewältigung sollte der IWF nur spielen, wenn er seine Politik grundlegend ändert und in seinen Strukturen demokratisiert wird, so dass Schwellen- und Entwicklungsländer einen größeren Einfluss bekommen;
- für eine grundsätzliche Lösung der Verschuldungsproblematik einzutreten, die ein faires und transparentes Schiedsverfahren und die vollständige Streichung illegitimer Schulden beinhalten muss.

Stand: 21.11.2008

## Impressum

### Herausgeber:

Verband Entwicklungspolitik deutscher  
Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)  
Dr. Werner-Schuster-Haus  
Kaiserstrasse 201, 53113 Bonn  
Tel.: 0228/ 9 46 77-0  
Fax: 0228/ 9 46 77-99  
E-Mail: sekretariat@venro.org  
Internet: www.venro.org

**Autoren:** Claus Körting, Leonie Otten

**Redaktion:** Dr. Claudia Warning, Prof. Dr. h.c. Christa  
Randzio-Plath, Ulrich Post, Heike Spielmans

**Endredaktion:** Kirsten Prestin

**Layout:** Kava-Design, Bonn, [www.kava-design.de](http://www.kava-design.de)

Bonn, November 2008